

SÜDAFRIKA

# Von „Zunami“ keine Spur

**Zwar sind die jüngsten Proteste im rezessionsgeplagten Südafrika wieder abgeklungen. Aber Präsident Zuma steht weiterhin unter Druck und seine Regierung in der Bringschuld. Ein Linksruck wird wohl ausbleiben.**

Die Bilder erinnerten an die Aufstände in den Townships zur Zeit der Apartheid: Brennende Autoreifen und Barrikaden, Plünderungen und Straßenschlachten. Allerdings schlug die Polizei diesmal die Proteste nicht mit scharfer Munition, sondern mit Tränengas und Gummigeschossen nieder. Die Unruhen Mitte Juli brachen in Südafrikas Wirtschaftsmetropole Johannesburg sowie in der westlichen Kapprovins und in Mpumalanga im Nordosten des Landes aus. In der Millionenstadt Durban am Indischen Ozean stürmten Arbeitslose zwei Einkaufszentren. Tausende Menschen gingen auf die Straße, um bessere Lebensbedingungen zu fordern - und um den neuen südafrikanischen Regierungschef beim Wort zu nehmen.

Jacob Zuma ist seit Anfang Mai Präsident. Die Wahlen am 22. April gewann der 67-jährige Vorsitzende des „African National Congress“ (ANC) wie erwartet deutlich. Und wie immer seit dem Ende der Apartheid 1994 ging der ANC als stärkste Partei aus dem Urnengang hervor. Mit 65,9 Prozent Stimmenanteil verfehlte die einstige Befreiungsbewegung die Zweidrittelmehrheit nur knapp. Die von Anhängern des Ex-Präsidenten Thabo Mbeki gegründete Partei „Congress for the People“ (Cope), die sich einige Monate zuvor vom Nationalkongress abgespalten hatte, wurde mit 7,4 Prozent drittstärkste politische Kraft hinter der „Democratic Alliance“ (DA, 16,7 Prozent), die ihre Wähler

größtenteils unter den Weißen und Farbigen des Vielvölkerstaates hat.

„Wer den ANC herausfordert, fordert einen Löwen heraus“, hatte Jacob Zuma vor den Wahlen getönt. Der „Löwe“ war zwar nach der Cope-Abspaltung leicht verwundet, stellte aber seine Kampfkraft mit einer aggressiven Kampagne einmal mehr unter Beweis. Entscheidende Erfolgsfaktoren des ANC waren seine organisatorische Präsenz im ganzen Land und die Unterstützung durch den Gewerkschaftsdachverband Cosatu, dessen Mitglieder wichtige Basisarbeit in Betrieben und Wohngebieten leisteten und Zuma damit zur Macht verhalfen. Mit einem Wahlkampf von Tür zu Tür erreichte die Dreierallianz aus ANC, Cosatu und kommunistischer Partei (SACP) die Menschen in den entlegensten Regionen und sorgte für eine hohe Wahlbeteiligung von 77 Prozent.

Zwar büßte der ANC im Vergleich zu den Wahlen 2004 auf nationaler Ebene vier Prozent ein, doch eine tiefer gehende Spaltung der einstigen Befreiungsbewegung wurde vorerst abgewendet. Nach wie vor gibt es keine echte politische Alternative zum Nationalkongress. Während der Cope im Wahlkampf die schwarzen Mittelschichten ansprach und für eine Fortsetzung jener neoliberalen Wirtschaftspolitik eintrat, mit der Thabo Mbeki in den vergangenen Jahren zunehmend unpopulär geworden war, setzte Zuma verstärkt auf links-populistische Rhetorik: Er versprach die Sozialausgaben zu erhöhen, den sozialen Wohnungsbau auszuweiten und die Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme zu bekämpfen. Zudem sicherte er längst überfällige Reformen im Gesundheitssektor in dem Land zu, in dem jeder fünfte Einwohner mit HIV infiziert ist.

In seiner Regierungserklärung kündigte der neue Präsident darüber hinaus an, dass er bis zum Jahresende eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen werde. Damit verbunden sind die versprochenen Schutzmaßnahmen für bedrohte Industriezweige und eine stärkere staatliche Regulierung der Wirtschaft.

**Die Einkommensverteilung ist eine der ungerechtesten weltweit - ein Sprengsatz, der jederzeit explodieren kann.**

Die Regierung steht nun in der Bringschuld, die Schonfrist für den neuen Präsidenten ist abgelaufen. Die Gewerkschafter üben verstärkt Druck auf „Comrade JZ“ aus, wie Zuma von seinen Anhängern genannt wird. Sie wollen, dass den Wahlversprechen schnell Taten folgen. Aber die Rahmenbedingungen sind äußerst ungünstig, denn Südafrika bekommt die weltweite Krise vehement zu spüren. Sinkende Rohstoffpreise und die rückläufige Auslandsnachfrage, ausbleibende Investitionen und teure Kreditraten trafen die Wirtschaft des Kapstaates empfindlich, der zum ersten Mal seit 17 Jahren in einer Rezession steckt und zuletzt ein Minuswachstum von 6,4 Prozent verzeichnete. Etwa 400.000 Menschen haben in den letzten Monaten ihre Arbeit verloren - und das bei einer Erwerbslosenrate, die schon vorher bei inoffiziellen 40 Prozent lag. Betroffen von der Krise sind vor allem Bergbau, Auto- und Textilindustrie. Zwar kündigte Zuma ein Hilfspaket in Höhe von umgerechnet 200 Millionen

Euro und Umschulungen für von Entlassung bedrohte Arbeiter an. Doch die erwartete Großoffensive gegen die Armut blieb bisher aus. Von einem „Zunami“, wie es in Anspielung auf den Namen des Präsidenten heißt, ist nichts zu spüren. Die Zeitungen schrieben bereits von einer „unsichtbaren Regierung“.

Stattdessen wurde Zuma, keine hundert Tage im Amt, mit den sozialen Unruhen und einer Streikwelle konfrontiert. Dabei wurden Bus- und Zugverkehr, Müllabfuhr und andere Dienstleistungen lahmgelegt. Cosatu-Generalsekretär Zwelinzima Vavi warnte die Regierung vor einer „explosiven Welle unkontrollierbarer Unruhen“. So streikten mehr als 70.000 Bauarbeiter. Betroffen von dem Ausstand waren die Projekte für die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr, darunter die WM-Stadien in Port Elizabeth, Kapstadt, Durban, Nelspruit, Polokwane und Johannesburg, aber auch die neue Bahnstrecke „Gautrain“ vom Flughafen Johannesburg in die Innenstadt und der Flughafen von Durban. Zur WM sollen für Ausbau und Sanierung der Infrastruktur mehr als 70 Milliarden Rand (5,7 Milliarden Euro) ausgegeben werden. Ein Maurer verdient auf einer WM-Baustelle 2.500 Rand, das sind knapp 230 Euro. Dabei beträgt allein die Miete für ein einfaches Township-Haus schon 1.200 Rand. Zwischen 2000 und 2005 stiegen die Mieten um 92 Prozent, die Einkommen nur um 8,3 Prozent. Die Wohnungsnot zwingt immer mehr Menschen, sich in einer der illegalen Hütten-siedlungen am Rande der Städte niederzulassen. Nach Angaben des Wohnungsbauministeriums steigt der Bedarf um mehr als 200.000 Wohneinheiten jährlich. Hauptursache ist die Landflucht derer, die in den Me-



„Lieber Schweinegrippe als Arbeit in dieser Fabrik“ - nicht immer verliefen die jüngsten Streiks in Südafrika mit soviel Humor.

tropen eine Arbeit suchen. Zumeist vergeblich: Auch die bevorstehende Fußball-WM hat nicht für die gewünschte Jobwelle gesorgt.

Eine weitere Verspätung an den WM-Baustellen konnte sich die Regierung kaum erlauben, so dass die Bauarbeiter immerhin zwölf Prozent mehr Lohn erhielten. Die Angestellten im öffentlichen Dienst konnten Ende Juli eine Lohnhöhung von 13 Prozent herauschlagen. Doch die Inflation galoppiert weiter: Die Preise für Lebensmittel sind in den vergangenen Monaten um 15 Prozent gestiegen, und der Energiekonzern Eskom plant, die Strompreise um ein Drittel zu erhöhen. Ein für Mitte August angesetzter Streik bei Eskom wurde abgewendet, nachdem die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ein besseres Angebot vorlegte. Im letzten Jahr war es wegen überlasteter Kapazitäten immer wieder zu lange andauernden Stromausfällen gekommen. Die Regierung rief den Energienotstand aus und begann mit Stromrationierungen von 25 Prozent. Südafrika bezieht die Energie hauptsächlich aus Kohlekraftwerken. Umso wichtiger ist der Kohlebergbau, wo die Bergarbeiter unter prekären Bedingungen arbeiten. Zwar wurden die Streiks in dem Sektor vorerst beendet, nachdem den Kohlekumpels ebenso wie ihren Kollegen im Gold- und Diamantenabbau neun Prozent mehr Lohn zugesagt wurde. Die Bergarbei-

tergewerkschaft NUM will aber mehr: Schließlich sind Bergbauprodukte mit 61,3 Prozent Anteil an den gesamten Ausfuhren das wichtigste Exportgut, und der Minenkonzern Anglo-American ist mit etwa 200.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber am Kap.

Auch der Cosatu nutzte die Gunst der Stunde und forderte die Verstaatlichung der Bergwerke, um feindliche Übernahmen und Personalabbau zu verhindern. Der mächtige Gewerkschaftsdachverband erhöhte den Druck auf den Präsidenten und droht im schlimmsten Fall mit einem Generalstreik. Doch Zuma zeigt sich gelassen: „Ich schulde niemandem etwas“, entgegnete er. Der Cosatu verstand dies als Kriegserklärung. Bisher konnte sich Zuma immer auf die Unterstützung der Gewerkschaften verlassen. Die Frage nach adäquaten Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise stellt diese Partnerschaft jedoch vor eine schwere Bewährungsprobe. Auch könnte der Konflikt um die Ausrichtung des ANC zwischen Parteilinken, Cosatu und SACP auf der einen und dem wirtschaftsliberalen Flügel auf der anderen Seite wieder aufbrechen. Zuma hat in seinem Kabinett beide Seiten berücksichtigt: Der rechte Flügel ist mit Ex-Finanzminister Trevor Manuel als Chef der neu geschaffenen nationalen Planungskommission und mit Pravin Gordhan, Manuels Nachfolger

im Finanzressort, im Kabinett vertreten. Eine zentrale Konfliktlinie dürfte künftig zwischen den beiden letzteren und dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, das dem Gewerkschafter Ebrahim Patel untersteht, sowie dem Handels- und Industrieministerium unter Rob Davies (SACP) verlaufen.

Der Cosatu hatte bereits letztes Jahr mehr öffentliche Konjunkturlösungen und Investitionen sowie stärkere regulative Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gefordert. Anlässlich der jüngsten Unruhen verhält sich der Dachverband betont vorsichtig. „Wie berechtigt der Unmut auch sein mag“, sagte Gewerkschaftschef Sdumo Dlamini, „Gewalt und Ladenplünderungen kann man nicht gutheißen.“ Dem Dachverband scheint die Kontrolle über die sozialen Proteste zunehmend zu entgleiten. Was Neville Alexander kaum verwundert. Der einstige Weggefährte Nelson Mandelas im Anti-Apartheid-Kampf und heute einer der angesehensten Intellektuellen Südafrikas hält es schon lange für wahrscheinlich, „dass der militante Widerstand sowohl gegen die Bosse und die Regierung als auch gegen die Gewerkschaftsbürokratie in den nächsten Jahren zunehmen wird“. Seit 1994 entstanden zahlreiche unabhängige Gewerkschaften und neue zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Antiprivatisierungsforum APF oder

die Bewegung der Slumbewohner, während der Cosatu einen ständigen Mitgliederverlust verzeichnet.

In dieser Situation ist der Kurs der Regierung noch nicht abzusehen. Vor allem Zumas Rolle ist unklar. Trotz seines linkspopulistischen Wahlkampfes gilt er als Pragmatiker. Zum Vizeagrarrminister ernannte er zum Beispiel Pieter Mulder von der rechtskonservativen Freedom Front Plus. Als Moderator zwischen den Flügeln wird sich Zuma eher für moderate wirtschaftspolitische Kurskorrekturen und sozialpolitische Maßnahmen statt für eine dezidiert linke Wirtschaftspolitik aussprechen. Ob er damit die Kluft zwischen Arm und Reich reduzieren kann, ist fraglich. Die Einkommensverteilung ist eine der ungerechtesten weltweit - ein Sprengsatz, der jederzeit explodieren kann. So wie bei den Kra- wallen im Juli, aber auch wie bei den Gewaltexzessen ein Jahr zuvor gegen Immigranten, bei denen 62 Menschen starben und Zigtausende flohen. „Eine soziale Implosion“, sagte damals Neville Alexander. Die Regenbogennation sei demnach nichts anderes als die „United Colours of Capitalism“. Doch von einem Ende der Illusionen wollen jene, die Jacob Zuma gewählt haben, nichts hören.

Bustos Domecq berichtet für die woxx aus Südafrika.

